

Stromversorgung

Wirtschaftsverbände sind für neue AKW, Die Mitte ist dagegen – und FDP-Jauslin hofft auf Geothermie im Aargau

Handelskammer, Gewerbeverband und Hauseigentümer wollen das Neubauverbot für Atomkraftwerke aufheben. Die Mitte, deren frühere Bundesrätin Doris Leuthard den Atomausstieg einleitete, hält an der Energiestrategie ohne neue Reaktoren fest. Matthias Jauslin, der mit seiner FDP im Clinch liegt, macht sich für Erdwärme-Projekte stark.

29.01.2022, Fabian Hägler

«Eine mehrtägige Strommangellage ist kein Netzzusammenbruch oder ein totaler Blackout – es bedeutet, dass das Angebot an Elektrizität die Nachfrage der Haushalte, Unternehmen und Infrastrukturanlagen nicht decken kann.» Dies schreibt die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) und hält fest, dies hätte verheerende Folgen für Unternehmen, die auf Planungssicherheit in der Stromversorgung angewiesen sind.

Deshalb schliesst sich die Handelskammer, die rund 2000 Firmen vertritt, den energiepolitischen Forderungen der FDP an. Sie verlangt eine technologieneutrale Planung ohne gesetzliche Verbote, die den Bau von Kernkraftwerken der neueren Generationen erlauben würde. Gleichzeitig sei eine Verlängerung der Laufzeiten der bestehenden Kernkraftwerke zu prüfen.

Bereits Anfang Dezember hatten Handelskammer, Gewerbeverband und Hauseigentümer gemeinsam beim Regierungsrat ihre Forderungen für die Stromzukunft deponiert. Sie verlangten damals, die Aargauer Regierung solle beim Bund vorstellig werden, und hielten fest: «Es braucht einen konkreten Plan zum Bau von Kraftwerken (z. B. Kernkraftwerke neuerer Generationen oder Gaskombikraftwerken als Übergangslösung).»

Gewerbeverband und Hauseigentümer wollen AKW-Verbot aufheben

Auch jetzt unterstützt der Gewerbeverband die Position von Handelskammer und FDP, wie Präsident und SVP-Nationalrat Benjamin Giezendanner sagt:

«Für uns ist klar: Wir wollen ein neues Kernkraftwerk. Wir haben nie eine Urabstimmung bei allen Mitgliedern durchgeführt, aber im Präsidium sind wir eindeutig dieser Meinung.»

Jeanine Glarner, FDP-Grossrätin und Präsidentin des Hauseigentümerversands Aargau, hält auf Anfrage fest: «Die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer investieren derzeit stark in die Dekarbonisierung ihrer Heizungsanlagen, so stellen viele ihre Wärmeversorgung von Öl oder Gas auf Wärmepumpen um. Entsprechend sind sie auch auf eine sichere Stromversorgung angewiesen.»

Diese sei aber spätestens ab 2025 nicht mehr sichergestellt und auch das Bundesamt für Energie komme zum Schluss, dass es auch im Jahr 2050 trotz grösstmöglichen Ausbaus der erneuerbaren Energien eine Stromlücke im Winter geben werde. Glarner sagt, selbstverständlich sollten daher die aktuellen Kernkraftwerke so lange betrieben werden, wie sie sicher sind. Und sie ergänzt: «Der Hauseigentümerversand Aargau hat sich schon immer gegen jegliche Technologieverbote ausgesprochen, dies gilt auch für neue Kernkrafttechnologien.»

Die Mitte: «Kernkraftwerke sind keine realistische Lösung»

Damit sind die Fronten in der AKW-Debatte praktisch geklärt: FDP, SVP und Wirtschaftsverbände wollen das Neubauverbot aufheben, SP, Grüne und GLP halten daran fest. Doch wie positioniert sich Die Mitte Aargau, deren ehemalige Bundesrätin Doris Leuthard den Atomausstieg einleitete, als die Partei noch CVP hiess? Kantonalpräsidentin Marianne Binder sagt, es sei eine Aufgabe der Politik, sich mit einer möglichen Stromlücke und ihren Folgen zu befassen.

Diese Gefahr müsse man ernst nehmen und es sei richtig, dass man sich überlege, wie man sie abwenden könne, sagt Binder. Sie betont:

«Auch wenn es jetzt schon kein Technologieverbot gibt, bilden für Die Mitte Aargau neue Kernkraftwerke keine realistische Lösung für das zeitlich drängende Problem. Projektierung und Bau dauern sehr lange, die Kosten sind enorm hoch, und wo sind die Investoren und wo die Versicherung, welche die Risiken decken würden?»

Das Schweizer Stimmvolk habe 2017 der Energiestrategie 2050 klar zugestimmt, «auch mit Unterstützung des Freisinns», sagt Binder. Das Volk habe zum Ausdruck gebracht, dass Kernkraftwerken keine neuen Rahmenbewilligungen mehr erteilt werden sollen. «Auch wenn das CO₂-Gesetz abgelehnt wurde, was sicher ein Rückschlag ist, müssen wir den Weg effizient weiterverfolgen», betont sie.

Der Auftrag des Volkes an die Politik liege im Aufbau einer hohen Eigenversorgung und mehr erneuerbarer Energie im Inland. «Konkret braucht es aus unserer Sicht Anreize für den Ausbau von Fernwärmenetzen und mehr Innovationen im Bereich der Energiespeicherung.» Sehr viel Potenzial sieht Binder bei der Energieeffizienz. «Mit einer raschen Sanierung unseres Gebäudeparks liesse sich massiv Energie sparen, hier braucht es mehr Anreize für Eigentümer.» Gaskraftwerke könnten eine kurzfristige Lösung sein, allerdings seien diese nicht sehr klimafreundlich und die Schweiz wäre stark vom Ausland abhängig, etwa von Russland.

Matthias Jauslin bringt Geothermie als Energie der Zukunft ins Spiel

FDP-Nationalrat Matthias Jauslin, der wegen seiner Kritik am AKW-Entscheid der Aargauer Freisinnigen mit der Partei im Clinch liegt, setzt derweil auf eine andere Energiequelle. Der Verein Geothermische Kraftwerke Aargau, den Jauslin präsidiert, nimmt einen positiven Entscheid des Kantons Jura für ein Projekt in Haute-Sorne zum Anlass, die Erdwärme als saubere Energie der Zukunft zu propagieren. Jauslin sieht den Grundsatzentscheid im Jura als Etappensieg für die Entwicklung der Geothermie in der Schweiz. «Bleibt zu hoffen, dass sich auch der Kanton Aargau und der Rest der Schweiz vom geothermischen Aufwind aus der Romandie mitreissen lässt», wird der FDP-Energiepolitiker in der Mitteilung zitiert.

Bei zwei Geothermieprojekten in Basel und St.Gallen kam es in den Jahren 2007 und 2013 zu Erdbeben, seither gibt es grosse Vorbehalte gegenüber der Technologie. Auch der Aargauer Regierungsrat blieb bei politischen Vorstössen dazu immer vage und zurückhaltend, wie Jauslin festhält. Zuletzt habe es aber positive Erfahrungen mit verschiedenen aktuellen Projekten gegeben. «Deshalb ist jetzt ein idealer Zeitpunkt, die Potenziale im Aargau zu prüfen und gute Rahmenbedingungen für mögliche Projekte zu schaffen – selbstverständlich immer unter Einhaltung strenger Auflagen an die Sicherheitsvorkehrungen», so Jauslin.



Marianne Binder, Präsidentin der Mitte Aargau (2. von rechts), hält an der Energiestrategie und am Atomausstieg fest, den die ehemalige CVP-Bundesrätin Doris Leuthard (2. von links) einleitete. Andre Albrecht



Jeanine Glarner, Präsidentin Hauseigentümerverband Aargau. Zvg Zvg



Marianne Binder, Präsidentin Die Mitte Aargau, spricht sich dafür aus, an den Zielen der Energiestrategie 2050 festzuhalten. Severin Bigler
Severin Bigler



**Matthias Jauslin, Nationalrat FDP Aargau. Zvg / Aargauer Zeitung
Zvg / Aargauer Zeitung**